

## **Kleine Anfrage 1487**

des Abgeordneten Péter Vida,  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Umgehung der Stadtverordneten mittels Eilentscheidungen in der Stadt Altlandsberg**

§ 58 der Kommunalverfassung bestimmt, dass in dringenden Angelegenheiten der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses, deren Erledigung nicht bis zu einer vereinfacht einberufenen Sitzung der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses aufgeschoben werden kann, der Hauptverwaltungsbeamte im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung zur Abwehr einer Gefahr oder eines erheblichen Nachteils für die Gemeinde entscheidet.

Es handelt sich um eine Vorschrift, die in Ausnahmefällen greifen soll und restriktiv auszulegen ist. Es ist erkennbar, dass das Instrument der Eilentscheidung im gewöhnlichen Ablauf der Verwaltungsgeschäfte einer Kommune nicht auftreten darf. In der Stadt Altlandsberg hingegen sind bis jetzt ab einschließlich 2012 insgesamt 15 Eilentscheidungen getroffen und später der Stadtverordnetenversammlung als Beschlussvorlage vorgelegt worden. Bei allen 15 Eilentscheidungen ist die Eilbedürftigkeit nicht zu erkennen bzw. die nachträglichen Begründungen sind nicht nachvollziehbar. Zum großen Teil handelte es sich um Vergaben über insgesamt ca. 1.075 T€, der größte Auftrag war in Höhe von 812 T€.

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung in jedem Einzelfall die Auffassung, dass die Voraussetzungen für die Eilentscheidung der Stadt Altlandsberg gegeben waren und eine vereinfachte Einberufung der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr möglich war?
2. Ist es rechtmäßig, wenn auf diesem Wege über Jahre hinweg die Mitbestimmung und Entscheidungsmöglichkeit der Stadtverordneten umgangen wird?
3. Vertritt die Landesregierung auch die Auffassung, dass für das Beantragen von Fördermitteln Eilentscheidungen zulässig sind?
4. Kann mit einer Eilentscheidung zur Beauftragung von Leistungen und Warenlieferungen die Nichtdurchführung eines notwendigen Vergabeverfahrens gerechtfertigt werden?

5. Warum ist die zuständige Kommunalaufsicht nicht schon längst gegen diese Dauervorgehensweise in Bezug auf Eilentscheidungen eingeschritten?